



Wer seinen Rasen ein paar Wochen wachsen lässt, wird überrascht sein, was dort alles anfängt zu blühen. Mit der Zeit entsteht eine Blumen- und Kräuterwiese, die Insekten Nahrung bietet. Und die Insekten sind wiederum die Nahrungsgrundlage für andere Tiere wie Vögel.

Foto: ©yvind/Adobe Stock

Mehr Artenvielfalt durch Nichtstun

Die Gartenakademie Rheinland-Pfalz und die Deutsche Gartenbaugesellschaft 1822 rufen erneut zum „Mähfreien Mai“ auf

Von Cordula Sailer

■ **Rheinland-Pfalz.** Den Rasenmäher einen Monat lang stehen lassen – und so mehr Wildnis und Lebensräume für Tiere im eigenen Garten schaffen. Das ist der Gedanke, der hinter der Aktion „Mähfreier Mai“ steht. Die Gartenakademie Rheinland-Pfalz und die Deutsche Gartenbaugesellschaft 1822 rufen das dritte Jahr in Folge dazu auf. Oft gebe es den sozialen Druck aus der Nachbarschaft, den Garten ordentlich zu halten, sagt Eva Hofmann von der Gartenakademie. Doch, so betont es die Akademie auf ihrer Internetseite: „Bewusst seltener zu mähen, ist kein Zeichen von Verwahrlosung, sondern von ökologischem Bewusstsein!“

Auf höher gewachsenen, blütenreichen Wiesen finden Insekten und Kleintiere nicht nur Unterschlupf, sondern auch Nahrung. Wer weniger mäht, gibt heimischen Wildpflanzen eine Chance, auf der Rasenfläche zu gedeihen. „Das Pollen- und Nektarangebot erhöht sich, je mehr Blütenpflanzen dort stehen“, erklärt Eva Hofmann. So könne jeder dazu beitragen, die Futtersituation für Insekten zu verbessern, die vielerorts in einer „aufgeräumten“ Landschaft nicht mehr viel Nahrung finden.

Und wer Insekten fördert, fördert gleichzeitig auch andere Tiere in den Gärten wie Vögel, Kröten oder Igel. Für sie bilden Insekten die Nahrungsgrundlage. Ein Mehr an Blüten bedeutet also ein Mehr an Biodiversität. „Als Erstes kommen immer die Gänseblümchen“, sagt Hofmann. Aber auch Löwenzahn, Hornklee, Butterblumen, Ehrenpreis, Günsel oder Gundermann können in heimischen Gärten sprießen – wenn man den Rasenmäher im Schuppen lässt. Doch wer seinen Rasen nun in eine Blumenwiese verwandeln möchte, sollte

wissen: Wiesenblumen brauchen einen mageren Standort. Wer einen reichhaltigen Gartenboden hat, der in den vergangenen Jahren stark gedüngt wurde, wird wohl zunächst eine eher gräserlastige Wiese haben. „Dann muss man die Fläche erst einmal abmagern“, sagt Hofmann – also nicht mehr düngen und nach dem Mähen den Grünschnitt als natürlichen Dünger von der Fläche entfernen. Da Mähroboter das abgemähte Gras zerkleinert auf der Rasenoberfläche liegen lassen, ist ihr Einsatz „nicht so blütenfördernd“, erklärt die Gartenexpertin.

Aktion „Jede Blüte zählt“

Machen Sie den Test: Schauen Sie nach, wie viele Blumen nach ein paar Wochen auf Ihrem Rasen wachsen. Die Gartenakademie Rheinland-Pfalz und die Deutsche Gartenbaugesellschaft 1822 verlosen bei der Aktion „Jede Blüte zählt“ heimische Wildblütenmischungen. Wer teilnehmen möchte, lässt seinen Rasen von Anfang Mai

bis mindestens zum 22. Mai – dem Internationalen Tag der biologischen Vielfalt – wachsen. Dann wird ein zufällig ausgewählter Quadratmeter auf der Rasenfläche abgesteckt. Die darauf blühenden Arten und ihre Anzahl werden in eine Tabelle eingetragen – ein Muster stellt die Gartenakademie unter www.ku-rz.de/blumenwiese

„Das Pollen- und Nektarangebot erhöht sich, je mehr Blütenpflanzen dort stehen.“

Eva Hofmann von der Gartenakademie Rheinland-Pfalz

gedüngt wurde, wird wohl zunächst eine eher gräserlastige Wiese haben. „Dann muss man die Fläche

erst einmal abmagern“, sagt Hofmann – also nicht mehr düngen und nach dem Mähen den Grünschnitt als natürlichen Dünger von der Fläche entfernen. Da Mähroboter das abgemähte Gras zerkleinert auf der Rasenoberfläche liegen lassen, ist ihr Einsatz „nicht so blütenfördernd“, erklärt die Gartenexpertin.

Natürlich kann man auch etwas nachhelfen und die Blumen- und Kräuterwiese ganz gezielt selbst aussäen oder Initialpflanzen in Lücken im Rasen setzen. Unter Initialpflanzen versteht man Stauden, die sich durch ihren Samen weiter in der Fläche ausbreiten – hier eigenen sich etwa heimische Arten

bereit. Die ausgefüllte Tabelle sowie ein Foto der neuen Blühfläche können dann bis zum 5. Juni per E-Mail an die Gartenakademie Rheinland-Pfalz geschickt werden (gartenakademie@dlr.rlp.de). Samenpäckchen der Deutschen Gartenbaugesellschaft 1822 gehen an die Einsender mit den artenreichsten Flächen. *csa*

wie Margerite, Witwenblume, Schafgarbe, Natternkopf oder Labkraut. Auch das Saatgut sollte heimisch und standortgerecht sein.

Der „Mähfreie Mai“ ist angelehnt an den „No Mow May“ der britischen Organisation Plantlife. Untersuchungen der Naturschutzorganisation hätten gezeigt, „dass man durch einen monatlichen Rückschnitt die höchste Blütendichte hat“, erläutert Eva Hofmann. Der Rückschnitt rege so zur erneuten Blütenbildung an. Die Rasenhöhe sei nach vier Wochen in der Regel auch noch gut mit dem Mäher zu schaffen. Wer gut damit zu recht kommt, nur einmal im Monat zu mähen, kann diesen Rhythmus natürlich auch nach dem Mai beibehalten.

Doch was im eigenen Garten ein geeignetes Mähintervall ist, müsse jeder selbst testen – und natürlich soll sich jeder weiterhin in seinem Garten wohlfühlen. Empfehlenswert sei es, nicht die ganze Fläche auf einmal zu mähen, damit den Tieren ein Rückzugsraum bleibt. „Man kann Inseln stehen lassen oder sich einen Weg zum Liegestuhl frei mähen“, schlägt Eva Hofmann vor.

Kompakt

Vermummte greifen Regionalbahn an

■ **Mülheim-Kärlich.** Rund 50 Vermummte haben am Samstagabend gegen 22.40 Uhr eine Regionalbahn angegriffen, die im Mülheim-Kärlicher Stadtteil Urmitz-Bahnhof Halt machte. Der Vorfall wurde erst jetzt bekannt. Offenbar hatten es die Unbekannten auf im Zug reisende Fans des 1. FC Köln abgesehen, die vom Spiel ihres Vereins gegen die TSG 1899 Hoffenheim zurückreisten. Nach Polizeiangaben verhinderte ein Zugbegleiter, dass die Situation vollends eskalierte: Er schloss die Zugtüren, die Angreifer konnten nicht in die Bahn gelangen. Sie schlugen in der Folge gegen Fenster und Türen, bedrohten die FC-Fans. Laut Polizei ist unklar, wieso die Attacke in Urmitz-Bahnhof erfolgte und ob die Angreifer aus der Hooliganszene stammen. Sie kamen in Autos mit Berliner Kennzeichen vorgefahren. Die Bundespolizei Trier sucht Zeugen unter Telefon 0651/436 780. *pme*

Frau soll Kollegin mit Messer attackiert haben

■ **Mainz.** In einer Arztpraxis in Mainz soll eine Mitarbeiterin eine Kollegin mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts eines versuchten Tötungsdeliktes, wie es in einer Mitteilung der Behörde und der Polizei heißt. Zum Motiv machten die Ermittler zunächst keine Angaben. Das 50 Jahre alte Opfer aus Rheinhessen werde nach dem Angriff am frühen Dienstagmorgen in der Mainzer Uniklinik operiert. Die 30 Jahre alte mutmaßliche Täterin aus Rüsselsheim (Hessen) sei im Gewahrsam der Polizei. „Erste Ermittlungen haben ergeben, dass die Täterin ihr Opfer im Personalbereich der Arztpraxis mit einem Messer angegriffen und ihm erhebliche Stichverletzungen zugefügt hat“, heißt es. Andere Menschen seien nicht in Gefahr gewesen. *dpa*

Sinziger Meisterkoch verabschiedet sich

■ **Sinzig.** In Sinzig endet eine Ära: Nachdem Meisterkoch Jean-Marie Dumaine und seine Ehefrau Colette ihr europaweit bekanntes Restaurant Vieux Sinzig bereits geschlossen haben, verabschieden sie sich auch von ihrer Delikatess-Manufaktur. Das Haus, in dem der Wildkräuterexperte Dumaine das Restaurant eröffnet hatte, wird verkauft. Gegenüber unserer Zeitung sprach der 69-Jährige davon, Kosten infolge der Pandemie, der Flutkatastrophe und steigender Preise reduzieren zu müssen. *red*

Saarland zieht Konsequenzen aus Fall Dillinger

Bildungsministerium richtet Ombudsstelle für Opfer von sexualisierter Gewalt ein – Kritik am Bistum Trier

■ **Rheinland-Pfalz/Saarland.** Die saarländische Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot (SPD) hat mit deutlicher Kritik auf die Informationspolitik des Bistums Trier zum jüngsten Missbrauchsskandal um den ehemaligen Priester Edmund Dillinger reagiert, über den unserer Zeitung zuerst berichtet hatte. Der inzwischen verstorbene Geistliche war 20 Jahre im Saarland tätig. Das Ministerium habe vom Bistum oder der Aufarbeitungskommission seit Bekanntwerden des Falls „bisher weder wervertbare Unterstützung noch Hinweise bekommen, die es ermöglichen, diese zu prüfen und im Sinne der Opfer Konsequenzen umzusetzen“, sagte sie am Dienstag in Saarbrücken.

Zuletzt war bekannt geworden, dass Dillinger, der von 1979 bis 1999 Religionslehrer an einem Gymnasium in Saarlouis war, über Jahrzehnte vor allem Jugendliche sexuell missbraucht und seine Opfer in teils pornografischen Posen fotografiert haben soll. Sein Neffe Steffen Dillinger hatte nach dem Tod des Mannes in dessen Wohnung mehrere Hundert Aufnahmen entdeckt und sich an unsere Zeitung gewandt.



„Die Opfer haben ein Recht auf Aufarbeitung.“

Die saarländische Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot (SPD)
Foto: Oliver Dietze/dpa

„Die Opfer haben ein Recht auf Aufarbeitung“, sagte Streichert-Clivot. Um betroffenen ehemaligen Schülerinnen und Schülern eine Anlaufstelle zu geben, richtete sie eine vom Bistum unabhängige eigene Ombudsstelle ein, die am Dienstag ihre Arbeit aufnahm. Diese sei als „Dauereinrichtung“ und auch als Clearingstelle geplant. Ihre Arbeit beziehe sich nicht nur auf die jüngst bekannt gewordenen Missbrauchsfälle rund um den verstorbenen Geistlichen, sondern schlie-

Be auch aktuelle und zukünftige Fälle mit ein. Präventionsarbeit habe dabei einen besonderen Stellenwert.

„Wir brauchen hier im Sinne der möglichen Opfer von Missbrauch eine ganz klare institutionelle Abgrenzung zwischen Kirche und Staat“, betonte die Ministerin. Nach wie vor finde sie es „äußerst irritierend“, dass ein Mensch, über dessen Straftaten kirchliche Verantwortliche offensichtlich Bescheid wussten, trotzdem in einem Umfeld eingesetzt worden sei, in dem er Zugang zu Kindern und Jugendlichen hatte.

Vom Bistum erwarte sie sich zudem Klarheit bei der Aufarbeitung der Gestellungsverträge, auf deren Grundlage derzeit 36 Religionslehrkräfte der Kirche im Saarland in den Schuldienst eingestellt wurden. Diese Verträge müssen „zurück bis in die 70er-Jahre aufgearbeitet werden“, sagte die Ministerin. Angesichts des Zwischenberichtes der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs im Bistum Trier im August 2022 und der sogenannten MHG-Studie aus dem Jahr 2018 gehe sie davon aus, dass auch Schulen betroffen seien. Streichert-Clivot: „Wir

haben also kein Erkenntnisdefizit, dass sexualisierte Gewalt durch Kirchenpersonal der katholischen Kirche auch im Umfeld Schule stattfand, sondern wir haben ein Handlungsdefizit bei der Aufarbeitung dieser Taten.“

Noch ist das Ausmaß der Taten des Priesters, der mit 87 Jahren starb, unklar. „Im Moment erreichen uns viele neue Informationen und Hinweise, die wir auswerten und zusammenführen müssen“, hatte der Trierer Generalvikar Ulrich Graf von Plettenberg vor Kurzem mitgeteilt. Bischof Stephan Ackermann hatte den Generalvikar mit Aufklärung betraut, „um die Dimension des Falles“ zu erfassen“. Die Ausmaße seien bisher nicht bekannt gewesen. *dpa, red*

➔ Weitere Artikel und Informationen zum Fall Dillinger sowie eine Videodokumentation finden Sie bei uns im Internet unter der Adresse www.rhein-zeitung.de/dillinger oder wenn Sie den nebenstehenden QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones scannen.



Land verhandelt wieder mit Islamverbänden

Religionsunterricht und Feiertage sind Themen

■ **Rheinland-Pfalz.** Die Landesregierung will wieder mit den größten Islamvereinigungen in Rheinland-Pfalz über den Abschluss von Verträgen nach dem Vorbild der Kirchenstaatsverträge verhandeln. Die Gespräche sollen am 1. Juni starten. „Wir wollen einen Vertrag auf Augenhöhe“, erklärte der für Religionsgemeinschaften zuständige Wissenschaftsminister Clemens Hoch (SPD). „Ich bin zuversichtlich, dass der Abschluss bis 2025, also noch in der laufenden Legislaturperiode, erreicht wird.“

Verhandlungen mit dem türkisch-islamischen Ditib-Verband, der Schura, dem Verband der islamischen Kulturzentren VIKZ und der islamischen Reformgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat fanden in Rheinland-Pfalz bereits seit 2012 statt, waren 2016 jedoch auf Initiative des Landes auf Eis gelegt worden. Hintergrund waren insbesondere Befürchtungen vor dem zu starken Einfluss des türkischen Staates auf den mit Abstand größten Verband Ditib. Die Landesregierung beschloss mit den Verbänden stattdessen zunächst Zielvereinbarungen. In denen ver-

ständigten sich alle Gesprächspartner auf gemeinsame Wertegrundlagen. Die Verbände verpflichteten sich außerdem zu strukturellen Reformen, deren Umsetzung sich während der Corona-Krise allerdings verzögerte.

Nachdem Gutachter den Verbänden bescheinigten, dass sie die Selbstverpflichtungen erfüllt haben, wird nun erneut über die eigentlichen Vertragsinhalte verhandelt. Dabei geht es vor allem um die flächendeckende Einführung von islamischem Religionsunterricht, aber auch um Theologenausbildung, islamische Feiertage, Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen und das Bestattungsrecht. Mit der Alevitischen Gemeinschaft hatte das Land einen solchen Vertrag bereits 2019 abgeschlossen.

In Rheinland-Pfalz leben aktuell schätzungsweise 200 000 Muslime. Da kirchliche Strukturen dem Islam fremd sind, gehört die Mehrzahl von ihnen bislang offiziell keinem der Verbände an. Islamischen Religionsunterricht gibt es in Rheinland-Pfalz bislang lediglich im Rahmen regionaler Modellprojekte. *epd*